



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 14. März 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- An einem Strand in Libyen sollen Schlepper\*innen laut Meldung der Nachrichtenagentur AFP 22 Fliehende erschossen haben. Der libysche Rote Halbmond bestätigte die Meldung. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-schlepper-sollen-22-fluechtlinge-getoetet-haben-a-1137903.html> (08.03.17)
- Das ungarische Parlament hat beschlossen, Fliehende für die Dauer ihres Asylverfahrens in Haft zu nehmen und bricht damit eindeutig die Genfer Flüchtlingskonvention. Der UNHCR und Menschenrechtsorganisationen äußerten heftige Kritik. Die EU-Institutionen reagierten bisher nicht. PRO ASYL fordert die EU auf, harte Konsequenzen für Ungarn wie den Entzug des Stimmrechts im Europäischen Rat einzuleiten. Zudem sollten Abschiebungen nach der Dublin-III-Verordnung in das Land komplett untersagt werden. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-parlament-beschliesst-internierung-von-fluechtlingen-a-1137633.html> (07.03.17)  
[http://www.deutschlandfunk.de/transitzonen-fuer-fluechtlinge-in-ungarn-eine-politik-der.720.de.html?dram:article\\_id=380709](http://www.deutschlandfunk.de/transitzonen-fuer-fluechtlinge-in-ungarn-eine-politik-der.720.de.html?dram:article_id=380709) (07.03.17)  
<http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/861232/pro-asyl-fordert-konsequenzen-nach-internierungsbeschluss> (08.03.17)
- Währenddessen häufen sich die Berichte von Menschenrechts- und Hilfsorganisationen von, der MDR zitiert, „organisierter Tortur“ durch die ungarische Polizei. Die prügele die Menschen auf der Flucht über die serbisch-ungarische Grenze regelrecht zurück ins Nachbarland. Auf eine Gruppe von 70 Fliehenden, darunter Frauen und Kinder, wurden Hunde losgelassen nachdem ihnen befohlen wurde, sich auf den Boden zu legen. In über vier Stunden mussten die Menschen Tritte, Prügel, gewaltsamen Alkoholeinfluss und entwürdigende Kommentare („Welcome to Europe!“) über sich ergehen lassen. Schwerwiegende Verletzungen bei den nach Serbien Zurückkehrenden sind inzwischen die Normalität. Inzwischen wird die Zahl von 8.000 in Serbien gestrandeten Fliehenden genannt. <http://www.mdr.de/heute-im-osten/ostblogger/fluechtlinge-belgrad-100.html> (10.03.17)
- Die Balkanroute ist nach wie vor nicht dicht sagt der österreichische Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil. In Österreich kamen in diesem Jahr 3.000 Menschen an, 2.000 Asylanträge wurden gestellt. Im Januar erreichten 14.476 Menschen das Territorium der Bundesrepublik Deutschland, im Februar waren es 14.289. Beim Bundesamt für Migration

und Flüchtlinge (BAMF) wurden im Februar 16.568 Asylanträge gestellt.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/fluechtlingskrise-oesterreich-slowenien-balkan-route>  
(10.03.17)

- Der Europäische Gerichtshof hat vergangene Woche entschieden, dass EU-Botschaften Fliehenden keine humanitären Visa ausstellen müssen. Damit hätten die Fliehenden sich die lebensgefährlichen Wege über die Fluchtroute weitestgehend sparen und den Asylantrag im Zielland stellen können. Der Gerichtshof begründet das Urteil damit, dass die betroffene Familie nicht wie im Visum vorgegeben 90 Tage im EU-Mitgliedsstaat Belgien geblieben wäre sondern längerfristig. PRO ASYL, AWO, Jesuitenflüchtlingsdienst und viele weitere Organisationen kritisierten das Urteil. Schleuser\*innen hätten ihre Freude an dem Urteil, die Chance, den Schutz Fliehender um ein wichtiges Mittel zu erweitern, sei vertan.  
<http://dradiowissen.de/nachrichten/asylopolitik-eu-staaten-muessen-keine-humanitaeren-visa-ausstellen> (07.03.17)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/eugh-urteil-eu-staaten-muessen-keine-humanitaeren-visa-an-fluechtlinge-vergeben-1.3408501> (07.03.17)
- Zwei Männer tunesischer Staatsangehörigkeit wurden von einem tunesischen Gericht zu acht Monaten Haft wegen ihrer von einem Polizeibeamten behaupteten Homosexualität verurteilt. Sie wurden Opfer der als Folter geltenden Analuntersuchung die immer wieder in Tunesien praktiziert wird. Menschen, die verdächtigt werden, homosexuell zu sein, können laut entsprechendem Paragraphen bis zu drei Jahren Haft verurteilt werden.  
<http://www.taz.de/Homosexualitaet-in-Tunesien/!5388101/> (12.03.2017)
- Der irakische Ministerpräsident Haidar al-Abadi hat die geflohenen Menschen irakischer Staatsbürgerschaft aufgerufen, in den Irak zurückzukehren. Anlass ist die nahezu komplett vollzogene Vertreibung des Islamischen Staats aus der Stadt Mossul.  
<http://www.n-tv.de/politik/Regierung-ruft-Fluechtlinge-zur-Rueckkehr-auf-article19741198.html>  
(11.03.17)
- US-Präsident Donald Trump hat erneut ein Einreiseverbot für Menschen aus diesmal sechs Ländern erlassen. Betroffen sind Menschen iranischer, jemenitischer, libyscher, somalischer, sudanesischer und syrischer Staatsbürgerschaft. Der Erlass gilt für vorläufig 90 Tage, weiterhin werden in dieser Zeit keine Fliehenden aufgenommen. Ausnahmen wie die Einreise von Menschen mit Aufenthaltstiteln oder einer Green Card sind diesmal gegeben.  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/trump-neues-dekret-einreiseverbote-100.html>  
(06.03.17)
- Aktualisierte Zahl: zwischen 1. Januar und 21. Februar sind 4.000 illegalisierte Menschen aus den USA nach Kanada geflohen. Im gesamten vergangenen Jahr waren es 4.300.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-kanada-manitoba-klagt-ueber-ansturm-von-asylbewerbern-aus-den-usa-a-1138148.html> (10.03.17)  
<http://www.taz.de/Flucht-aus-den-USA-nach-Kanada/!5384511/> (03.03.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Der Bundesrat hat die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „Sichere Herkunftsstaaten“ abgelehnt. Bundesregierung oder Bundestag können nun noch den Vermittlungsausschuss anrufen. Faktisch werden Menschen dieser Staatsangehörigkeiten bereits heute pauschal ihre Fluchtgründe abgesprochen. Ihre Anträge auf Asyl werden weitestgehend als offensichtlich unbegründet abgelehnt.  
<https://www.tagesschau.de/inland/bundesrat-asylopolitik-maghrebe-101.html> (10.03.17; mit Interview mit Günter Burkhard, Geschäftsführer von PRO ASYL)
- Die Bundesregierung erwägt, Jugendheime in Marokko zu errichten und zu unterhalten.

Was nett klingt, könnte laut Befürchtungen von Kritiker\*innen die Legitimitätsgrundlage für Abschiebungen unbegleiteter, minderjähriger Geflüchteter in das Land sein.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-03/minderjaehrige-fluechtlinge-bundesregierung-marokko-jugendheime-rueckfuehrung> (12.03.17)

- Die Landesregierung Thüringens setzt in erster Linie auf „freiwillige Ausreisen“ und nicht auf Abschiebungen. 2.000 Menschen haben das Bundesland im vergangenen Jahr auf diesem Weg verlassen, das sind dreimal so viele als Menschen, die abgeschoben wurden. Die thüringische Landesregierung argumentiert, dieses Vorgehen sei humaner und darf sich dafür viel Kritik aus den Landkreisen anhören. Unterschlagen wird in dieser Diskussion aber, dass „freiwillige Ausreisen“ durchaus auch mit Druck versehen sind und Menschen dennoch in Situationen zurückkehren, in denen sie verfolgt werden und/ oder existentieller Not ausgesetzt sind.  
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/ausreise-statt-abschiebung-sonderweg-thueringen-100.html> (09.03.17)
- Tim H. hat im Februar 2011 bei den Demonstrationen um die Bombardierung Dresdens teilgenommen. H. nahm aber offenbar bei den Protesten der aus der Sicht der Staatsanwaltschaft Dresden falschen Seite teil – bei den Nazigegner\*innen. Der Rechtsstreit, der auf eine angebliche Äußerung H.'s folgte, endete im Dezember vergangenen Jahres in der dritten Instanz am Landgericht Sachsen. Dies war vom Oberlandesgericht Sachsen zu einer erneuten Prüfung aufgefordert worden. H. erhielt einen Freispruch. Während der zuständige Richter am Amtsgericht Dresden noch im Jahr 2013 voll und ganz der Argumentation der Staatsanwaltschaft folgte, zerpflückten Landes- und Oberlandesgericht nach und nach die Behauptungen der Staatsanwaltschaft als haltlos. Nun hat die Staatsanwaltschaft angedeutet, gegen das Urteil des Landgerichts in Revision zu gehen. Die Begründung: das Mitführen des Megafons sei bereits strafbar. H.'s Anwalt glaubt aber immer noch nicht, dass es zu einem vierten Prozess kommt.  
<http://www.n-tv.de/politik/Dresdner-Justiz-will-Strafe-fuer-H-erzwingen-article19743296.html> (13.03.17)

## Hintergrund und Meinung

- Das Recht auf Asyl ist in Ungarn endgültig abgeschafft, kommentiert Cathrin Kahlweit in der *SZ*. Dies sei insofern nur konsequent, als dass Viktor Orban in den „Krieg [...] gegen die Migration“ gezogen sei. Seine Sprache sei von militärischen Begriffen geprägt, es gelte, die Homogenität und kulturelle Identität des ungarischen Volkes zu verteidigen. Die Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen den Parlamentsbeschluss, Fliehende zu internieren, klar ausgesprochen haben, seien die nächsten Ziele im Krieg des Viktor Orban. Das Label „Volksfeinde“ haben NGOs als solche schon abbekommen. Wie es in autoritär werdenden Regimes üblich ist, sollen sie nun ihre gesamte Finanzierung und ihre Vermögensverhältnisse offenlegen. Ihnen wird unterstellt, Spionage für ausländische Mächte zu betreiben. Auch hier plagiiert Orban ganz knallhart bei autoritären Vorbildern. Kahlweit sieht in dem gesamten Vorgang auch ein Versagen der EU. Orban hätte schon längst in die Schranken gewiesen werden müssen.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-lagern-das-recht-auf-asyl-ist-in-ungarn-abgeschafft-1.3409999> (08.03.17)
- Für Thomas Roser von der *Zeit* steht fest, dass Viktor Orban die politische Frage der Fliehenden bewusst am „Köcheln“ halte. Die Internierung bringe nichts, wenn Grenzzäune, bewaffnete Einheiten an den Grenzen sowie eine nur zweistellige Zahl die Grenze überschreitender Fliehender pro Tag berücksichtigt würden. Roser spricht im Angesicht von gerade einmal 400 bis 600 Asylsuchenden in Ungarn von einer „Flüchtlingsfurcht ohne Flüchtlinge“. Orban verfolge mit dieser Praxis ausschließlich politische Ziele. Damit setzt Ungarn gleichzeitig Serbien unter Druck. Künftig seien sogar „Zurückschiebungen“ von aus

der Ukraine Fliehenden nach Serbien denkbar obwohl die Menschen nie serbischen Boden betreten hätten.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/ungarn-grenze-fluechtlinge-viktor-orban-internierung> (08.03.17)

- Mit der von Cathrin Kahlweit angesprochenen Verantwortung der EU für die Situation in Ungarn beschäftigt sich Bernd Riegert von der *DW* näher in seinem Kommentar. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben in den vergangenen Monaten immer mehr an der „Festung Europa“ gebaut und versucht, Migration und Flucht zu verhindern. Das Asylrecht sei pervertiert. Die theoretische Möglichkeit, Asyl zu beantragen sei praktisch nur umsetzbar, wenn EU-Territorium betreten wird. Wenn diese Politik von 28 Mitgliedsstaaten getragen werde, sei es weder überraschend, dass der Europäische Gerichtshof entsprechend entscheide, noch sollte sich über Ungarn entrüstet werden. Dessen Politik sei nur die konsequente Fortsetzung der heutigen EU-Asylpolitik. Tatsächlich definiere die EU-Asylverfahrensrichtlinie bereits heute die Möglichkeit, Fliehende in Haft zu nehmen – allerdings als schwammig formulierte Ausnahme, nicht als Regel. In Griechenland werden bereits heute Menschen auf den Inseln in der Ägäis festgehalten, Italien plant selbiges auf Sizilien, in Deutschland werden in Transitzonen an Flughäfen sowie in Ankunftszentren in Grenznähe Schnellverfahren akzeptiert. Für 48h dürfen die Fliehenden diese Zonen und Zentren dann nicht verlassen.

<http://www.dw.com/de/kommentar-fl%C3%BCchtlinge-und-asylbewerber-sollen-drauf%C3%9Fen-bleiben/a-37853714> (08.03.17)

- Juliane Nagel besteht im Interview mit der *LIZ* darauf, dass Protest gegen Nazis immer nötig sei um ihre Normalisierung zu verhindern. Demonstrationen gegen präsent gemachte, rechte Ideologien seien eine Form der Politisierung und Meinungsbildung und damit „essentiell für eine demokratische Kultur.“ Umso mehr hofft sie, dass sich auch jetzt eine Vielzahl an antifaschistischen Gegendemonstrant\*innen finden werde, wo die Demos in den Leipziger Osten verlegt wurden. Im Weiteren problematisiert sie, dass es kaum eine sachliche Diskussion um Gewalt geben könne weil die Polizei eine Definitionsmacht besäße. Andere, belegbare Darstellungen von Situationen und Sachverhalten hätten dagegen kaum Chancen, zur Öffentlichkeit durchzudringen. Zudem sei ziviler Ungehorsam in Sachsen nicht erwünscht, werde besonders hart kriminalisiert und dadurch in der öffentlichen Wahrnehmung mit Gewaltakten vermengt. In einer ihrer Anfragen zu den Protesten am 12. Dezember 2015 antwortete die Landesregierung, dass nahezu alle Anzeigen gegen Polizeibeamt\*innen auf Grund von Körperverletzung eingestellt wurden. Ebenso konnte kein\*e Tatverdächtige aus den Kreisen der Polizei ermittelt werden, der\*die Tränengas auf eine Versammlung feuerte. Von 180 Strafverfahren gegen Demonstrant\*innen ist wiederum gerade einmal ein Drittel abgeschlossen.

<http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2017/03/Interview-mit-Juliane-Nagel-Teil-1-%E2%80%9ENazis-duerfen-sich-auf-der-Strasse-nicht-wohlfuehlen%E2%80%9C-170492>  
(11.03.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

